

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wachstum entsteht durch Wettbewerb. Wettbewerb braucht beste Konzepte. Diese Steuerkonzepte sollen alle Staaten für sich entwickeln. Mit angemessenen Steuersätzen und niedriger Staatsquote ist dann gut um das Wohlwollen von Bürgern und Wirtschaft zu buhlen. Schlussendlich beschert dieses Vorgehen nach einiger Zeit allen europäischen Bürgern starke Volkswirtschaften mit erträglichen Steuersätzen. Die Hoheit der Steuergestaltung verleiht Staaten erst die Kompetenz, für Bürger zu sorgen und Fehlentwicklungen zu begegnen – eine Kompetenz, die in anderen Bereichen schon viel zu sehr beschnitten wurde. Steuergesetzgebung ist die zentrale Aufgabe jedes nationalen Parlaments. Steuerpolitische Entscheidungen haben auf EU-Ebene nichts zu suchen, zumal deren Gremien von unserem Staatsvolk dazu in keiner Weise demokratisch legitimiert worden sind.

(Beifall bei der AfD)

Die Steuerpolitik ist die letzte Bastion des Einstimmigkeitsprinzips. Dieses Prinzip ist für uns keine Verhandlungsmasse – hier nicht, in der Sozialpolitik auch nicht.

Wenn die Nehmer- über die Geberländer bestimmen, dann ist das keine Demokratie, sondern die Tyrannei der Mehrheit, wie Kollege Gotthardt es in anderem Zusammenhang schon erwähnt hat. Sie können mich beschimpfen, wie Sie wollen – stellen Sie sich vor, dass drei Wölfe und ein Schaf darüber abstimmen, was es zu Mittag gibt, dann haben Sie eine grobe Vorstellung von der Funktion des Mehrheitsprinzips in dieser EU.

Am Ende des Tages folgt auch unsere Fraktion der Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Landtag. Wir stehen gemeinsam mit den drei anderen eher wertkonservativen Fraktionen, wenn auch in etwas anderer Sichtweise,

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Abgeordneter.

Martin Böhm (AfD): dem Ansinnen der EU-Kommission ablehnend gegenüber.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Kollege Markus Rinderspacher, SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt eine heftige Unwucht innerhalb der Europäischen Union. Der Binnenmarkt hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte prächtig entwickelt. Davon profitiert auch die siebtgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union, nämlich wir Bayern. Binnenmarkt – alles prächtig!

In Sozial- und in Steuerfragen aber ist Europa in den letzten Jahren nicht vorangekommen. Das liegt auch am Prinzip der Einstimmigkeit. Die Menschen in Deutschland, auch bei uns, in unserer Heimat, haben kein Verständnis dafür, dass auf dem europäischen Kontinent Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert werden.

(Beifall bei der SPD)

So war es während der Finanzkrise. Ich habe es heute schon einmal gesagt: Wenn in Europa 1,6 Billionen Euro ausgegeben werden, um Banken zu retten, und Europa dann, 2011, den Grundsatzbeschluss fasst, eine Finanzmarkttransaktionssteuer einzuführen, die wenigstens 57 Milliarden Euro pro Jahr einbringen würde, aber man sich innerhalb der folgenden acht Jahre nicht darauf einigen kann, weil einige wenige Länder die Umsetzung des Beschlusses blockieren, Herr Kollege Gotthardt, dann muss man sagen: Hier funktioniert irgendetwas mit dem demokrati-

schen Prinzip nicht. Deshalb müssen wir das Mehrheitsprinzip einführen – auch in Steuerfragen.

(Beifall bei der SPD)

Das Mehrheitsprinzip gilt in der Europäischen Union seit 30 Jahren in wirtschaftlichen, technologischen und ökologischen Fragen. Warum gilt es ausgerechnet bei der Steuer nicht? Steuern heißen Steuern, weil man mit ihnen Politik steuert. Man kurbelt Wachstumsmärkte an oder reduziert. Man beteiligt Menschen am Allgemeinwohl und an Unternehmen. Das ist der Sinn von Steuern. Wenn Europa auf eine gemeinschaftliche Steuerpolitik verzichtet, verzichtet es darauf, Gemeinwohl zu steuern, Gemeinwohl zu organisieren, Demokratie zu gestalten. Das ist das Ergebnis. Für ein solches Ergebnis haben die Menschen auf dem europäischen Kontinent kein Verständnis mehr.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Europa für den Klimaschutz eintritt, darf Europa nicht weiterhin die umweltschädlichsten Kraftstoffe am geringsten besteuern, sondern muss Steueranreize dort setzen, wo das Klima davon profitiert. Das funktioniert nur bei Geltung des Mehrheitsprinzips, nicht beim Einstimmigkeitserfordernis.

Wenn Europa für soziale Gerechtigkeit eintritt, darf Europa nicht weiterhin auf eine Finanzmarkttransaktionsteuer verzichten, weil es prinzipiell nicht so bleiben darf, dass das Kapital geringer besteuert wird als die Arbeit. Europa verzichtet seit acht Jahren auf 57 Milliarden Euro pro Jahr. Diese Mittel könnten wir für die Förderung von Elektromobilität, für die Energiewende, für Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und in verschiedene andere Bereiche verwenden. Eine harmonisierte Sozial- und Steuerpolitik ist wichtig für Wachstum und Beschäftigung, für Investitionsentscheidungen, für soziale Gerechtigkeit und gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Es gibt einen weiteren Grund: Der Wettbewerb in der globalisierten Welt wird mit Steuerreformen auf dem amerikanischen Kontinent größer statt kleiner. Wir leben in einem Zeitalter der Handelskriege. Europa ist nicht handelsfähig, weil wir es nicht hinbekommen, uns zu einigen, erst recht nicht bei Geltung des Einstimmigkeitsprinzips. Deshalb sind wir langsamer als die Chinesen. Deshalb sind wir weniger effizient als die Amerikaner. Dort wird nämlich alles sehr schnell organisiert. Wir dagegen brauchen die Einstimmigkeit, weil manche an dem Blockadeprinzip festhalten. Dabei müssten wir Europäer gerade in diesen Zeiten rasant schnell reagieren können. Dafür brauchen wir das Mehrheitsprinzip.

(Beifall bei der SPD)

Um den Wohlstand zu halten und auszubauen, um aus dem Europa der Konzerne ein Europa der Bürger und des sozialen Miteinanders zu machen, um das soziale Gefüge Europas gegen Handelskriegattacken zu verteidigen, brauchen wir eine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip. Machen wir unser Europa demokratischer! Machen wir unser Europa in einer so wichtigen Phase, in der Amerikaner, Chinesen und andere uns die Stirn bieten, schneller und effizienter in der Entscheidungsfindung! Machen wir uns stark für die Durchsetzung des demokratischen Mehrheitsprinzips!

(Beifall bei der SPD)